

PRESSEMITTEILUNG

Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn

BUND-Ortsgruppe Heilbronn

Lokale Agenda 21 Heilbronn

Partents for Future Heilbronn

Klimapolitische Steinzeit statt energiepolitische Musterregion

Heilbronner Klimaschutzorganisationen kritisieren Erdgasprojekt

Die im Klimabeirat der Stadt Heilbronn aktiven Gruppen wie das Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn, die BUND-Ortsgruppe Heilbronn, Parents for Future und die Lokale Agenda 21 kritisieren die jetzt offengelegten Pläne für das neue Erdgaskraftwerk als rückwärtsgewandt. An fossiler Energie festzuhalten, gefährde den Wohlstand und das Image der Region, die laut aktueller Studie beste Voraussetzungen hat, um sich im Land als energiepolitische Musterregion zu profilieren.

(Heilbronn, 11.11.2022) Vor wenigen Tagen startete die Offenlegung des Bebauungsplans für das große, neue Erdgaskraftwerk in Heilbronn. Vor wenigen Tagen wurde auch die Weltklimakonferenz in Ägypten eröffnet, wo wiederum die schnellstmögliche Reduktion von CO₂ und der Umstieg auf Erneuerbare Energien gefordert wird. „Mit dem Weiterbetrieb des Atomkraftwerks in Neckarwestheim und nun den Plänen für das neue Erdgaskraftwerk in Heilbronn bekommt das klimapolitische Image unserer Region tiefe Kratzer“, so Daniel Knoll vom Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn. Dabei hatte eine aktuelle Studie des Ökoinstituts im Auftrag des BUND Baden-Württemberg nachgewiesen, dass gerade die Region Heilbronn-Franken im Landesvergleich über besonders hohe Potenziale für Photovoltaikanlagen und Windkraft verfügt. „Unsere Stadt und Region könnten sich zeitnah auf dieser Basis wirtschaftlich, ökologisch und politisch als Herz der Energiewende im Land nachhaltig und zukunftsfähig profilieren!“, merkt auch Thomas Bergunde von der Lokalen Agenda an. „Stattdessen wird eine halbe Milliarde Euro in eine fossile Technologie investiert und der Switch ins fossile Zeitalter durch Lieferverträge über 20 Jahre weiter zementiert“. Ein schlechtes Signal an alle, die ihr privates Zuhause derzeit energetisch sanieren, um es klimafit zu machen.

Die im Klimabeirat der Stadt engagierten Organisationen kritisieren ebenso, dass der Betreiber EnBW nicht nur trotz des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine von dort Gas bezieht, sondern auch in ein Flüssiggas-Terminal investiert, um damit das besonders klimaschädliche Frackinggas zu importieren wiederum mit Lieferzeiten über 20 Jahre.

Wie passt das zum Masterplan Klimaschutz?

„Es stellt sich uns die Frage. Wie das alles zu den ehrgeizigen Klimazielen des geplanten Masterplans Klimaschutz passt?“, so Jürgen Krüger von der Heilbronner Ortsgruppe des BUND. Die vorliegende Überarbeitung des Klimaschutz-Masterplans enthält laut den Heilbronner Klimaschutzorganisationen bereits klare Ziele, Leitlinien und Maßnahmen, um Heilbronn unabhängig von teuren, unsicheren,

klimaschädlichen Energieimporten zu machen. So würde auch die Wertschöpfung der Energieversorgung der Region zugutekommen, statt in unseriöse Exportländer zu fließen. Die Wärmeversorgung per Groß-Wärmepumpen nach schwedischem Vorbild, der Ausbau von Photovoltaik und Windenergie, die Begrenzung der Wasserstoffverstromung auf die Spitzenlastfunktion sowie die Ergänzung durch Speicherlösungen seien laut vorliegendem Konzept kurzfristig machbar.

Greenwashing und Wasserstoff-Märchen

Nicht nur die langfristigen Lieferverträge rücken das kommunizierte „Wasserstoff-Szenario“ in weite Ferne: Die angebliche vertragliche Verpflichtung der EnBW die Erdgasheizkessel ab dem Jahr 2036 mit grünem Wasserstoff zu versorgen, sei an kaum erfüllbare Bedingungen der EnBW geknüpft: zum Beispiel an eine "regulatorische Preisparität zwischen regenerativ erzeugtem Wasserstoff und Erdgas", was laut der Klimaaktivisten angesichts der aufwändigen H₂-Verfahren unrealistisch erscheint. Anzuzweifeln sei grundsätzlich auch, dass die benötigte Menge an regenerativ erzeugtem Wasserstoff ab dem Zeitpunkt zur Verfügung stünde. „Böse Zungen könnten also behaupten, hier sei eine Menge Greenwashing für ein ohnehin verfassungswidriges Klimazerstörungsprojekt im Spiel“, so Peter Titus für die Parents for Future Heilbronn mit Blick auf den Klimaentscheid des Bundesverfassungsgerichts von April 2021.

Erdgas-Planungen kontra Wärmekonzept

Wie alle Kommunen im Land ist auch Heilbronn verpflichtet, einen kommunalen Wärmenutzungsplan aufzustellen. Basis dafür sollen erneuerbare Energien sein. „Wenn die EnBW tatsächlich einen gigantischen, 182-MW-Erdgasheizkessel neben dem Kraftwerk baut, dann kollidiert das klar mit dem geplanten Wärmekonzept“, so Gila Seewi von der Lokalen Agenda 21. Denn auch die Abwärme des Gaskraftwerks werde ja nur genutzt werden können, wenn dies zur Stromerzeugung läuft – weil die Erneuerbaren nicht ausreichen. Wenn die zusätzlich vorgesehenen gigantischen Gasheizkessel tatsächlich künftig mit teurem Wasserstoff betrieben werde, sei dies extremteuer. „Kein Wunder, dass in den letzten Monaten bereits mehrere große Wärmeverbraucher im Heilbronner Industriegebiet wie z.B. die Südwestdeutschen Salzwerke und Brüggemann ihre eigenen Wärmeprojekte öffentlich gemacht haben.“

Pressekontakt:

Daniel Knoll 0178 1478872 (Energiewende)

Jürgen Krüger 01577 4059344 (BUND-Ortsgruppe Heilbronn)